

Südwind mahnt: Rana Plaza und die vergessenen Versprechen der Modeindustrie

Am 24. April 2025 jährt sich der Rana-Plaza-Einsturz. Menschenrechtsaktivisten fordern dringend bessere Bedingungen in der Modeindustrie.

Savar, Bangladesch - Am 24. April 2025 jährt sich der tragische Einsturz des Rana Plaza Fabrikgebäudes in Bangladesch zum zwölften Mal. Bei diesem Unglück verloren mehr als 1.138 Menschen, überwiegend Textilarbeiter:innen, ihr Leben. Dieses Ereignis offenbarte die systematischen Missstände in der globalen Bekleidungsindustrie und war ein Weckruf für die internationale Gemeinschaft. Trotz mehrerer Versprechen der Modemarken nach dem Unglück blieb eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus. Die Menschenrechtsorganisation **Südwind** und die Clean Clothes Kampagne erinnerten an die offenen Versprechen und forderten die Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes.

Rana Plaza war kein Einzelfall, sondern stellvertretend für tief verwurzelte Probleme in der Branche. Arbeiter:innen, die am Tag vor dem Unglück evakuiert werden sollten, mussten aus Angst um ihren Lohn weiterarbeiten. Der öffentliche Druck führte schließlich zu Fortschritten in der Sicherheit von Textilfabriken, unterstützt durch eine Petition, die über eine Million Unterschriften sammelte. Allerdings haben viele Unternehmen, darunter bekannte Marken wie Amazon, Tom Tailor und IKEA, das „Bangladesch Accord“ zur Gebäudesicherheit nicht unterzeichnet. Dies wirft weitere Fragen zur Verantwortung der Modebranche auf.

Fortschritte im rechtlichen Kontext

Am 24. April 2024, dem elften Jahrestag des Rana Plaza Unglücks, stimmte das EU-Parlament für das EU-Lieferkettengesetz, das einen bedeutenden Schritt in Richtung rechtlicher Verantwortung für Unternehmen darstellen sollte. Diese Gesetzgebung verlangt von den Firmen, negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt zu verhindern und geschädigten Personen das Recht auf Schadensersatz vor EU-Gerichten zu gewähren. Der Gesetzesentwurf muss noch formal im Rat bestätigt werden, bevor er in nationale Regelungen umgesetzt werden kann. Dies könnte durchaus ein wichtiger Fortschritt im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Menschenrechten in der globalen Lieferkette sein, wie **berichtet** wird.

Das im Januar 2023 in Deutschland in Kraft getretene Lieferkettengesetz zwingt große Unternehmen dazu, Risiken in ihren Lieferketten zu identifizieren und Transparenz zu schaffen. Eine Auswertung von sieben Modeunternehmen hat gezeigt, dass alle ihre Risikoanalysen überprüft und Beschwerdeverfahren für Betroffene in ihren Lieferketten eingerichtet haben. Dennoch gibt es massive Probleme, wie die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen, die Diskriminierung verletzlicher Gruppen sowie Löhne, die oft unter dem Existenzminimum liegen. **Test.de** hebt hervor, dass sich an der gewerkschaftlichen Freiheit wenig getan hat, was die Situation der Arbeiter:innen weiterhin prekär hält.

Aufruf zur Verantwortung

Die Forderungen nach einer wirksamen Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes werden von Südwind und der Clean Clothes Kampagne verstärkt. Sie appellieren an das EU-Parlament und die österreichische Bundesregierung, die Richtlinie ohne Verzögerungen zu realisieren. Kalpona Akter, Gründerin des Bangladesh Centre for Worker Solidarity, warnt vor der Tolerierung von Ausbeutung ohne verbindliche gesetzliche

Vorgaben. Seit dem tragischen Unglück von Rana Plaza haben viele Opfer und deren Angehörige lange auf Wiedergutmachung gewartet. Es ist unerlässlich, dass die Branche sich ihren Verpflichtungen stellt, um das Leid der Betroffenen zu mindern und die Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion zu verbessern.

Details	
Ort	Savar, Bangladesch
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• lieferkettengesetz.de• www.test.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at